

Niederschrift

über die 28. Sitzung
des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, **20.11.2013**, 17:05 Uhr - 19:10 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dr. Veit Christoph Baecker, Bruno Kleine Borgmann, Teresa Küppers, Christel Loschelder (in Vertretung von Herrn Halberstadt)

von der SPD-Fraktion

Maria Anna Hakenes, Anne Schulze Wintzler

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jutta Möllers, Otto Reiners (ab 17.25 Uhr)

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Felix Braun (in Vertretung von Frau Lebkücher), Stephan Degen, Gerhard Dworok, Ulrich Messing, Lutz Selig, Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Dr. Andrea Hanke, Anna Pohl, Ralf Bleeck (bis 18.15 Uhr), Oliver Elferich, Michael Grünh (in Vertretung von Frau Sturm), Beate Heeg, Martin Helmer, Michael Kaiser, Astrid-Maria Kreyerhoff, Türkan Kurt, Lisa Leifheit (in Vertretung von Herrn Fröse), Maria Pinke, Siegfried Riemann, Dieter Schönfelder, Norbert Weitz (bis 18.20 Uhr), Dietmar Wiese (bis 18.10 Uhr), Theo Wübbels

Vertreter des Jugendrates

Betty Böhnke

von der Verwaltung

Gerd Bertling, Jochen Detering, Hans-Joachim Fürstenberg, Chris Hagel, Birgit Herdes, Sven Kentrup, Sibylle Kratz-Trutti, Ingrid Kremer, Karl Materla, Christine Menke, Bernhard Paschert, Frank-Detlev Philipp, Michaela Robert, Reimer Stoldt, Heiner Vogt, Sven Werk

für die Schriftführung

Heike Dierks

Es fehlten entschuldigt:

Frank Beckmann, Sabine Busch-Böckmann, Klaus Fröse, Richard-Michael Halberstadt, Bernd Kersken, Sieglinde Kersting, Petra Kreuter, Jutta Lebkücher, Felizitas Schulte, Gudrun Sturm

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|--|
| | 1. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 2. | Berichte und Mitteilungen |
| | 3. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 4. | Anliegen des Jugendrats |
| <u>V/0789/2013</u>
II | 5. | Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule
hier: Baubeschluss |
| <u>V/0533/2013</u>
V | 6. | Kinderhaus-Brüningheide:
a) Jahresbericht 2012 und Fortsetzung des
Maßnahmeprogramms ab 2014;
b) Perspektiven für die künftige Jugend-
arbeit/Jugendsozialarbeit im Wohngebiet |
| <u>V/0742/2013</u>
V | 7. | Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlags
Nr. 443 Gesundheitsförderung in Grundschulen aus
dem Bürgerhaushalt 2011 |
| <u>V/0610/2013</u>
V | 8. | Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen |
| <u>V/0870/2013</u>
II | 9. | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht
zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Kinder,
Jugendliche und Familien) |
| <u>V/0805/2013</u>
IV | 10. | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL Ratsfraktion
an den Rat Nr. A-R/0028/2012 "Kindertagespflege
ausbauen und angemessen ausstatten" |
| | 11. | Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2014
- Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2017 -
sowie Beratung der Gender Budgeting Daten |
| | 12. | Verschiedenes |

Um 17.05 Uhr eröffnete Frau Hakenes die 28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Presse sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Hakenes bat die Mitglieder, die in der aktuellen Wahlperiode noch nicht an einer Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien teilgenommen hatten und die nicht dem Rat angehören, zur Verpflichtung an den Vorstandstisch. Dies galt auch für Mitglieder, die erstmals in Vertretung an der Sitzung teilnahmen.

Sie verlas folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Münster erfüllen werde.“

Die Verpflichtung erfolgte per Handschlag mit der Formel „ich verpflichte mich“.

Da die Vorlage V/0742/2013 „Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlags Nr. 443 Gesundheitsförderung in Grundschulen aus dem Bürgerhaushalt 2011“ parallel auch im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beraten wurde, erkundigte sich Frau Hakenes, ob die Vertreterin der Verwaltung bis zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes 7. anwesend bleiben müsse. Dies wurde einvernehmlich verneint.

Anlässlich der letzten Sitzung des Jahres 2013 lud Frau Hakenes alle Ausschussmitglieder und alle Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung im Anschluss an die Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Allen Ausschussmitgliedern waren vorab folgende Anträge an den Rat zur Information übersandt worden:

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/GAL vom 01.10.2013
„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“
(A-R/0046/2013)
- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.11.2013
„Eltern unterstützen: In jedem Stadtteil eine KiTa mit flexiblen Öffnungszeiten einrichten“
(A-R/0048/2013)

Beide Anträge wurden in der Sitzung des Rates am 13.11.2013 an den Hauptausschuss verwiesen.

Des Weiteren lagen Anträge zu den Haushaltsplanberatungen als Tischvorlage vor. Dazu wird auf den Tagesordnungspunkt 11. dieser Sitzung verwiesen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Frau Pohl berichtete:

- Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW hatte die Rahmenverträge I und II gemäß § 78f SGB VIII für die Übernahme von Leistungsentgelten zum 31.12.2012 ordentlich gekündigt. In den Verhandlungen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW habe keine einvernehmliche Vereinbarung erzielt werden können – die Verhandlungen seien mangels begründeter Aussicht auf einen Rahmenvertragsabschluss zum 01.01.2014 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zwischen den Verhandlungspartnern bestehe Konsens, dass eine Weiterentwicklung der stationären Leistungen der Hilfen zur Erziehung in fachlicher und finanzieller Hinsicht geboten sei.

Die Knackpunkte der Verhandlungen seien gewesen:

- die bisherige Versäulung der Gruppenstrukturen aufzuheben, das heißt die Stärkung der Regelangebote,
- eine neue Anlage X mit Eingruppierungsbandbreiten einzuführen und
- die Erhöhung der Auslastungsquoten.

Zur Information der Klientel der öffentlichen und der freien Träger gebe es eine gemeinsame Protokollnotiz vom 30.10.2013.

- Am 30.04.2014 richte das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien die II. Münsteraner Präventionskonferenz im Stadtweinhaus aus. Im Mittelpunkt der Konferenz stünden die Themen „Frühe Bindung“ und „Resilienzförderung“. Am Vormittag seien zunächst Einführungsvorträge geplant, am Nachmittag sei beabsichtigt, diese – analog der Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen – in Arbeitsgruppen gemeinsam zu erörtern und zu vertiefen. Eine gesonderte Einladung werde im I. Quartal 2014 versandt.
- Im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Früher Hilfen und Familienhebammen 2012 – 2015“ erhöhe der Bund die Fördermittel von bisher 45 Millionen EUR für das Haushaltsjahr 2014 auf insgesamt 51 Millionen EUR. Der Stadt Münster stünden demzufolge für das Haushaltsjahr 2014 Fördermittel in Höhe von insgesamt 131.976,00 EUR zur Verfügung. Im Rahmen der bestehenden Maßnahmen im Bereich der Frühen Hilfen der Stadt Münster seien für die Personalkosten der Netzwerkkoordination Früher Hilfen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien ca. 50.000,00 EUR und für die Personalkosten der Familienhebammen des Amtes für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten ca. 60.000,00 EUR veranschlagt.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien werde dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien in der nächsten Sitzung einen Maßnahmenplan zur Mittelverwendung für das Haushaltsjahr 2014 vorlegen.

- Seit 2006 sei der Dirt-Park, ein Parcours für BMX- und Mountainbiker auf einer städtischen Brachfläche, in Berg Fidel in Betrieb. Die Anlage sei von einer Initiative aus ca. 40 Jugendlichen über Jahre immer weiter ausgebaut worden. Das Brachgelände sei dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien seinerzeit vom Amt für Immobilienmanagement zur vorübergehenden Nutzung überlassen worden. Die Unterhaltung, Haftung und Verkehrssicherungspflicht für den Dirt-Park obliege damit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien. Aufgrund der Größe der Anlage habe die Stadt veranlasst, die Sicherheits- und Haftungsfrage zu klären; ein Sachverständiger habe die Anlage geprüft. Als Ergebnis der Begutachtung sei eine Freigabe, wie beispielsweise bei einer Skateranlage, aufgrund fehlender DIN - Normen für den Betrieb dieser Anlagen nicht möglich. Selbst bei einer Einfriedung des Geländes obliege die Haftung weiterhin der Stadt als Eigentümerin des Geländes. Ende Oktober 2013 seien daraufhin die Anlage geschlossen und die Erdhügel planiert worden.

Grundsätzlich sei die BMX-Anlage eine gute Alternative zu oftmals illegalen Strecken in münsteraner Wäldern, wo z. T. erhebliche Schäden u. a. an Wallhecken hinterlassen würden. Deshalb werde derzeit vom Sportamt geprüft, ob die Anlage unter veränderten Bedingungen einschließlich der Übertragung der Haftungsfrage durch die Übernahme der Anlage durch einen Sportverein wieder in Betrieb genommen werden könne. Die Jugendlichen der Initiative Dirtpark würden dieses Vorhaben befürworten.

- Die Planungen der Sitzungstermine für das 1. Halbjahr 2014 seien zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien fänden danach am 05. Februar 2014 und am 19. März 2014 statt. Die Sitzungen seien wie gewohnt grundsätzlich mittwochs um 17 Uhr vorgesehen. Abweichungen seien ggf. der aktuellen Tagesordnung zu entnehmen, die vor der Sitzung übersandt werde. Der Terminplan 2014 für die Sitzungen des Rates, der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse und der sonstigen Gremien sei allen Ausschussmitgliedern bereits übersandt worden. Die aktuellen Termine seien jeweils auch im Internet unter www.muenster.de/stadt im „Ratsinformationssystem“ abrufbar.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW habe als Termin für die nächste Kommunalwahl den 25. Mai 2014 festgelegt. Die Wahl finde damit am gleichen Tag wie die Europawahl statt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern lagen nicht vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anliegen des Jugendrats

Es gab keine Anliegen des Jugendrats.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0789/2013

Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule hier: Baubeschluss

Frau Kremer berichtete zur Vorlage.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung :

1. Der Neubau der Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule wird nach den Plänen des Architekturbüros Burhoff und Burhoff, Münster, (Anlage 1) ausgeführt.
2. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).
3. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 3).
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau schnellstmöglich begonnen wird und die Fertigstellung voraussichtlich Anfang des Jahres 2015 erfolgt.

Die Entscheidung im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen erfolgt vorbehaltlich der Vorberatung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den Neubau Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 10.10.2013 in Höhe von 2.978.000,00 € entstehen.

Darüber hinaus entstehen Folgekosten pro Jahr (Anlage 4) in Höhe von 195.880,00 €.

III. Mittelbereitstellung / Finanzierung

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2015 ff.	83.300	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2015 ff.	37.250	Folgeaufwand
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagebetreuung			
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2015 ff.	18.000	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirt- schaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanz- aufwendungen	2015 ff.	57.330	Folgeaufwand
Summe aller Aufwendungen/Saldo				195.880	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagebetreuung			
Investitionsmaß- nahme	4680	Neubau Kita Dreifaltigkeit			
		Auszahlung für Baumaß- nahmen	2012	50.000	Über Nach- trag finanziert.
			2013	2.568.000	Ansatz zzgl. Umbuchung
Investitionsmaß- nahme	1160	Beschaffungen Kita Dreifal- tigkeit			
		Auszahlung für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	2013	360.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				2.978.000	

Die Folgelastenberechnung (Anlage 5) wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0533/2013**

Kinderhaus-Brüningheide:

- a) Jahresbericht 2012 und Fortsetzung des
Maßnahmeprogramms ab 2014;
b) Perspektiven für die künftige Jugend-
arbeit/Jugendsozialarbeit im Wohngebiet**

Allen Ausschussmitgliedern lag als Tischvorlage ein Beratungsverlauf vor.

Frau Robert stellte zunächst die Inhalte des Jahresberichts 2012 und des Maßnahmeprogramms ab 2014 vor. Frau Pohl erläuterte sodann die Perspektiven für die künftige Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit im Wohngebiet.

Im Rahmen der eingehenden Erörterung gab Frau Möllers folgende Notiz zu Protokoll:

„Protokollnotiz

Der in der Vorlage 533/2013 unter Ziffer 3, zweiter Spiegelstrich genannte Prüfauftrag ist ausschließlich als Einstieg in eine Diskussion zu verstehen. Mögliche positive Prüfungsergebnisse dürfen nicht zu einem Automatismus von Entscheidungen führen. Vorschläge und Ansätze sind mit den beteiligten bzw. zu beteiligenden Akteuren zu diskutieren und dann den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.“

Sie erläuterte, dass die Protokollnotiz auch in der Bezirksvertretung Münster-Nord vorgelegt worden sei.

Abschließend ließ Frau Hakenes über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der von der Bezirksvertretung Münster-Nord geänderten Fassung abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung [entsprechend der Beschlussempfehlung der BV Nord] zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Jahresbericht 2012 (Anlage 2) für das Maßnahmeprogramm Wohngebiet Münster Kinderhaus-Brüningheide wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Programm wird ab 2014 nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Eckpunkte fortgeführt.
3. Die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird inhaltlich und konzeptionell - insbesondere im Hinblick auf präventive Angebote - überprüft, qualifiziert und ggf. neu ausgerichtet. In dem Zusammenhang werden auch
 - die vorhandenen Netzwerkstrukturen der Träger der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide überprüft und ggf. angepasst, ferner
 - geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung des „Atriums“ multifunktional vom Kulturverein und der Jugendarbeit konform mit der Landesförderung ist und der Jugendsalon ins Atrium verlagert werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Kostenplan zu erstellen.

4. Zur Verstetigung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird zum 01.01.2014 im Teilergebnisplan 0602 (Kinder- und Jugendarbeit) eine 0,5 Stelle Entgeltgruppe S 12 für eine sozialpädagogische Fachkraft eingerichtet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt,
- 5.1 die weitere Umsetzung des Programms ab 2014 zu koordinieren und mit den nichtstädtischen Maßnahmeträgern Leistungsvereinbarungen sowie zwischen dem Sozialamt und den städtischen Dienststellen, die Einzelmaßnahmen durchführen, Zielvereinbarungen abzuschließen,
- 5.2 dem Rat jährliche Berichte über Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen sowie über die Entwicklung der Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die zuvor der Bezirksvertretung Münster-Nord, den beteiligten Fachausschüssen und Gremien des Rates einschließlich Integrationsrat vorgelegt werden, ferner bei wesentlichen Änderungsbedarfen des Programms erforderliche Beschlussfassungen rechtzeitig vorzubereiten,
- 5.3 dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien **und der BV-Nord** die Prüfergebnisse und Empfehlungen zu Ziffer 3 **möglichst** bis zum ~~II. Quartal 2014~~ **I. Quartal 2014** vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	123.400	Ansatz lt. HH-Entwurf: 150.000 €
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014 ff.	26.160	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	440	
		Insgesamt:		150.000	

Ab dem Jahr 2014 werden 26.600 € von Produktgruppe 0503 zur Produktgruppe 0602 verlagert. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Veränderungsblätter anzufertigen. Die übrigen Aufwendungen für die Fortführung der Projekte 6.04, 6.07 und 6.08 von 6.710 € werden aus vorhandenen Mitteln der Produktgruppe 0602 (Zeile 15) finanziert.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0742/2013

Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlags Nr. 443 Gesundheitsförderung in Grundschulen aus dem Bürgerhaushalt 2011

Frau Dr. Hanke nahm zu einzelnen Fragen, die sich in der kurzen Diskussion ergaben, Stellung.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0610/2013**

Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen

Allen Ausschussmitgliedern lag als Tischvorlage ein Beratungsverlauf vor.

Nach der Diskussion der Vorlage ließ Frau Hakenes über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der Fassung des AUB-Beschlusses abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig bei einer Enthaltung, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung [entsprechend der Beschlussempfehlung des AUB] zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der beschlossene Konsolidierungsbetrag für die Maßnahme 242 des Handlungsprogramms 2012 bis 2017 nicht alleine durch die Reduzierung der Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze erbracht werden kann und eine weitere Schließung/ ein weiterer Rückbau von Spiel- und Bolzplätzen notwendig ist.
2. Den in der Anlage 1 - 6 der Vorlage dargestellten Vorschlägen für die Schließung/ den Rückbau der öffentlichen Spiel- und Bolzplätze wird **mit Ausnahme der nicht von den Bezirksvertretungen mitgetragenen Schließungen** zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

~~Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2014 und die Finanzplanung 2015 ff. ergeben sich nicht, da die Konsolidierung der Aufwendungen durch den Rückbau von Spiel- und Bolzplätzen mit Ansatzreduzierungen in Höhe von 35.840 € in 2015 und 40.000 € ab dem Jahr 2016 (Vorschlag Nr. 242 aus V/0702/2012/1) bereits mit dem Ratsbeschluss vom 12.12.2012 im Haushaltsplan berücksichtigt wurde.~~

Aufgrund des [AUB-]Beschlusses ergeben sich Auswirkungen für die Haushaltsjahre 2015 ff. in Höhe von 12.350 € jährlich. Diese Beträge werden über ein Veränderungsblatt zum Haushalt 2014 wieder angemeldet.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0870/2013**

Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien)

Nach kurzer Erörterung nahm der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0805/2013**

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL Ratsfraktion an den Rat Nr. A-R/0028/2012 "Kindertagespflege ausbauen und angemessen ausstatten"

Frau Dr. Hanke führte in die Vorlage ein und begründete die Beschlussvorschläge der Verwaltung.

Frau Möllers beantragte, den Beschlussvorschlag der Vorlage ohne Punkt 3., mit dem der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL (A-R/0028/2013) als „erledigt“ bezeichnet werde, zu beschließen.

Da Einvernehmen darüber bestand, dass der zugrunde liegende Antrag verwaltungsseitig umfassend bearbeitet wurde und insoweit unter den derzeitigen Voraussetzungen keine weiteren Umsetzungsschritte möglich sind, zog Frau Möllers ihren Antrag zurück. Sie behielt sich vor, das Anliegen politisch/ inhaltlich (z.B. im Rahmen kommender Etatberatungen) zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufzugreifen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass die Anliegen des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zu den Punkten 1 (Anpassung der Elternbeitragstabelle), 2 (Verpflegungskosten) und 5 (Mietkostenbudget für Großtagespflegestellen) erfüllt sind.
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass für die Finanzierung der Antragspunkte 3 (Anhebung der Geldleistung) und 4 (Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Aufnahme eines Kindes mit erhöhtem Förderbedarf) aktuell keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.
3. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0028/2012 erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine

Punkt 11 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2014 - Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan bis 2017 - sowie Beratung der Gender Budgeting Daten

Frau Hakenes begrüßte zunächst Herrn Fürstenberg, Amt für Finanzen und Beteiligungen, zur Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2014 und des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplans bis 2017.

Allen Ausschussmitgliedern standen für die Etatberatungen folgende Unterlagen – vorab versandt oder als Tischvorlage – zur Verfügung:

- Auszug aus dem Haushaltsplanentwurf 2014 für den Produktbereich 06 „Kinder- Jugend- und Familienhilfe“
- Auszug aus dem dazugehörigen Zuschussbericht
- begleitende Informationen zum Entwurf und zur Beratung des Haushaltsplans 2014 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ (einschließlich eines Hinweises zum Stichwort „Befangenheit“)
- Anträge freier Träger, Anregungen gemäß § 24 GO NW sowie Kommentierungen der Verwaltung dazu
- Anträge von Fraktionen
- Veränderungsliste über Veränderungsblätter der Verwaltung
- Gesamtliste (blau), in der sämtliche o.g. Anträge aufgeführt sind

Frau Hakenes erläuterte zunächst das Beratungsverfahren. Sodann gaben die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss ihre Statements zum Haushaltsplanentwurf.

Die Haushaltsplanberatungen nahm der Ausschuss anhand der o.g. Gesamtliste vor.

Die Anträge für die Fraktionen wurden – soweit in dieser Niederschrift nicht anders angegeben – von Frau Hakenes (gemeinsame Anträge der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und der FDP-Fraktion) und von Frau Küppers (für die CDU-Fraktion) gestellt.

1. Produktgruppe 0601 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

1.1 Zeile 15 - Transferaufwendungen

1.1.1 Es lag die Anregung gemäß § 24 GO NW des Jugendamtselternbeirats, lfd. Nr. 117/2013, vor. Damit wurde ein Zuschuss in Höhe von 5.000 EUR beantragt. Alle Fraktionen sprachen sich dafür aus, die Anregung inhaltlich aufzugreifen und die Deckung kostenneutral aus Mitteln der PG 0601 zu finanzieren. Die Verwaltung sagte eine entsprechende Umsetzung zu.

1.1.2 Mit der Anregung gemäß § 24 GO NW des Vereins Rappelkiste e.V., lfd. Nr. 163/2013, wurde die Gewährung eines einmaligen Zuschusses für die Kindergruppe Rappelkiste e.V. in Höhe von 12.000 EUR aus städtischen Mitteln erbeten. Die CDU-Fraktion schlug vor, die Anregung ebenfalls inhaltlich aufzugreifen und die Deckung kostenneutral aus Mitteln der PG 0601 zu finanzieren. Die übrigen Fraktionen schlossen sich dem an; die Verwaltung sagte eine entsprechende Umsetzung zu.

1.1.3 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

„Der AKJF beschließt:

In jedem Stadtteil wird eine Kita mit flexiblen Öffnungszeiten (zwischen 6 und 20 Uhr) für die U3-Betreuung vorgehalten (siehe Antrag A-R/0048/2013). Der Rat stellt dazu im HH-Jahr 2014 Mittel in Höhe von 100.000 EUR zur Verfügung.“

Der Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

2. Produktgruppe 0602 – Kinder- und Jugendarbeit

2.1 Zeile 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

2.1.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Im Bereich der OGS werden die Angebote in den Randzeiten ausgeweitet. Parallel dazu werden von partizipierenden Eltern mit Einkommen über der Freigrenze Gebühren erhoben.

Hier: Erhöhung des Ertragsansatzes um 10.000 EUR jährlich in den Jahren 2014 – 2017

Der Antrag wurde einstimmig bei 3 Enthaltungen angenommen.

(vgl. dazu: Zeile 15 – Transferaufwendungen, Ziffer 2.2.4)

2.2 Zeile 15 – Transferaufwendungen

- 2.2.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW des Vereins Track e.V., lfd. Nr. 123/2013, wird teilweise aufgegriffen. Dazu werden im Jahr 2014 13.000 EUR in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Entsperrung erfolgt durch den AKJF, wenn die anteilige Landesfinanzierung gesichert ist und nur bis zur Anerkennung als freier Träger.

Der Antrag wurde mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

- 2.2.2 Für die CDU-Fraktion wurde beantragt, die Anregung gemäß § 24 GO NW der Kath. Kirchengemeinde St. Mauritz, lfd. Nr. 142/2013, aufzugreifen und dazu 5.000 EUR jährlich in den Haushalt einzustellen.

Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt, die Anregung gemäß § 24 GO NW der Kath. Kirchengemeinde St. Mauritz, lfd. Nr. 142/2013, aufzugreifen und dazu 5.800 EUR jährlich in den Haushalt einzustellen.

Die CDU-Fraktion zog ihren Antrag zurück und schloss sich dem weitergehenden Antrag an.

Dieser wurde einstimmig angenommen.

- 2.2.3 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW der Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef, lfd. Nr. 142/2013, wird aufgegriffen. Dazu werden im Jahr 2014 92.400 EUR in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Entsperrung erfolgt durch den AKJF, wenn die Finanzierung des Eigenanteils gesichert ist.

Zu diesem Antrag erklärte Herr Messing sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

- 2.2.4 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Im Bereich der OGS werden die Angebote in den Randzeiten ausgeweitet. Parallel dazu werden von partizipierenden Eltern mit Einkommen über der Freigrenze Gebühren erhoben.

Hier: Erhöhung des Aufwandssansatzes um 53.000 EUR im Jahr 2014 sowie 128.000 EUR jährlich in den Jahren 2015 – 2017

Der Antrag wurde einstimmig bei 4 Enthaltungen angenommen.

(vgl. dazu: Zeile 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, Ziffer 2.1.1)

2.3 Zeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen

2.3.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

„Es wird ein Topf „Schulprojekte“ in Höhe von 25.000 EUR für das Jahr 2014 gebildet. Nicht verausgabte Mittel können in das Haushaltsjahr 2015 übertragen werden.“

Die Verwaltung wies darauf hin, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (ASW) in seiner Sitzung am 19.11.2013 über den gleichlautenden Antrag abgestimmt und die Bereitstellung in der PG 0301 „Leistungen für Schulen“ beschlossen habe.

Es wurde daher abändernd beantragt, sich der Beschlussempfehlung des ASW zur Bereitstellung der Mittel inhaltlich anzuschließen und diese zu begrüßen.

Dieser Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

2.4 Beratung der Gender Budgeting Daten in der PG 0602 – Kinder- und Jugendarbeit

Mit der Vorlage der Haushaltssatzung 2013 wurde Gender Budgeting als Methode in ausgewählten Haushaltsbereichen eingeführt. In den Entwurf des Haushalts 2013 wurden insgesamt 8 Beispiele für gendertaugliche Daten aufgenommen, u.a. in der Produktgruppe 0602 „Kinder- und Jugendarbeit“. Entsprechend der Beschlusslage wurde das Thema Gender Budgeting in die Gesamtliste für die Etatberatungen 2014 aufgenommen.

Frau Schulze Wintzler stellte zunächst dar, dass klarer definiert werden müsse, wie das Gender-Budgeting-Verfahren weiterentwickelt werden solle, damit eine sinnvolle Nutzung erreicht werde.

Zum vorliegenden Haushaltsentwurf beantragte sie, die Zielkennzahl „Gender Budgeting: Angebotsstunden im Angebotsfeld „geschlechterspezifische Angebote““ von 2.388 Stunden jährlich auf 4.500 Stunden jährlich zu erhöhen, um deren Anteil an den gesamten Angebotsstunden in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Förderstruktur) von knapp 3% auf 5% zu erhöhen.

Herr Paschert wies darauf hin, dass eine Erhöhung der „geschlechterspezifischen Angebote“ nur in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe erreicht werden könne und darüber hinaus auch eine ggf. notwendige Anpassung der Finanzdaten geprüft werden müsse.

Nach eingehender Erörterung zog Frau Schulze Wintzler den Antrag zurück.

Zum Ende der Diskussion resümierte Frau Dr. Hanke, dass es im Rahmen der Sitzung nicht möglich sei, grundlegende Überlegungen zur Weiterentwicklung und Nutzung des Verfahrens abschließend zu behandeln.

Als Ergebnis wurde festgehalten, dass einerseits die Zielsetzung und die Weiterentwicklung/ Nutzung des Gender-Budgeting-Verfahrens konkretisiert werden müssen. Darüber hinaus wurde die aktuelle Form des Haushaltsplans für eine genderspezifische Darstellung und Steuerung als ungeeignet angesehen, da keine Verknüpfung zu den Finanzdaten erkennbar und möglich ist. Die Ausschussmitglieder hielten es für zweckmäßig, sich nach der Kommunalwahl 2014 und vor den nächsten Etatberatungen gemeinsam mit der Finanz- und Fachverwaltung über Möglichkeiten der Weiterentwicklung, der sinnvollen Nutzung und der Darstellung im Haushaltsplan auszutauschen.

3. Produktgruppe 0603 – Förderung von benachteiligten jungen Menschen

3.1 Zeile 15 – Transferaufwendungen

- 3.1.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW des Verbunds Sozialtherapeutischer Einrichtungen NRW e.V., lfd. Nr. 102/2013, wird aufgegriffen. Dazu werden im Jahr 2014 20.739 EUR in den Haushalt eingestellt.

Zu diesem Antrag erklärte Herr Stein sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

- 3.1.2 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Für den „Ausbau des Lernwerkstättenangebots, Mittelerhöhung“ werden in den Jahren 2014 bis 2017 jährlich jeweils 75.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

Es ergab sich eine Diskussion zu der Frage, ob die Veranschlagung der Mittel im Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ oder im Produktbereich 03 „Schulträgeraufgaben“ erfolgen muss. Im Ergebnis wurde vereinbart, diese Frage spätestens zur Etat-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu klären. Über den Antrag wurde insoweit inhaltlich abgestimmt.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

- 3.1.3 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Für die Ausweitung der Förderinseln um 4 Schulen (Die Verwaltung benennt die Schulen, bei denen der Bedarf am größten ist) werden in den Jahren 2014 bis 2017 jährlich 96.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

4. Produktgruppe 0604 – Familienförderung

4.1 Zeile 15 – Transferaufwendungen

4.1.1 Für die CDU-Fraktion wurde beantragt:

Der Antrag der Beratungsstelle Südviertel e.V. zur Folgefinanzierung für das Projekt „JuMP (Junge Mamas und Papas)“ wird aufgegriffen. Es werden in den Jahren 2014 bis 2017 jährlich 64.695 EUR in den Haushalt eingestellt.

Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Antrag der Beratungsstelle Südviertel e.V. zur Folgefinanzierung für das Projekt „JuMP (Junge Mamas und Papas)“ wird aufgegriffen. Es werden im Haushaltsjahr 2014 59.303 EUR und in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 64.695 EUR in den Haushalt eingestellt.

Herr Braun erklärte sich dazu für befangen.

Beide Anträge wurden erörtert. Es wurde erläutert, dass die Finanzierung des Projektes im Januar 2014 noch gesichert ist, so dass sich für 2014 ein Zuschussbedarf in Höhe von 11/12, d.h. 59.303 EUR ergibt. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde dahingehend abgeändert.

Frau Hakenes ließ über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen (Einstellung von 59.303 EUR in 2014; je 64.695 EUR in 2015 – 2017 für den genannten Zweck).

Der Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen angenommen.

4.1.2 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW des Caritasverbands für die Stadt Münster e.V., lfd. Nr. 100/2013, wird teilweise aufgegriffen. Dazu wird der Gesamtzuschuss für die Erziehungsberatungsstelle um 40.000 EUR erhöht (PG 0604 anteilig 40%/ PG 0605 anteilig 60%).

Hier: 16.000 EUR in PG 0604 (=40%)

Zu diesem Antrag erklärte Herr Messing sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

(vgl. dazu: PG 0605, Zeile 15 – Transferaufwendungen, Ziffer 5.1.1)

- 4.1.3 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW des Caritasverbands für die Stadt Münster e.V., lfd. Nr. 101/2013, wird teilweise aufgegriffen. Dazu werden in den Jahren 2014 bis 2017 jährlich 15.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

Zu diesem Antrag erklärte Herr Messing sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

- 4.1.4 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW von Pro Familia, lfd. Nr. 109/2013, wird aufgegriffen. Dazu werden in den Jahren 2014 – 2017 jährlich 12.753 EUR in den Haushalt eingestellt.

Der Antrag wurde mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

- 4.1.5 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Trägerantrag des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Münster e.V. wird teilweise aufgegriffen; der Zuschuss für die Kinderschutzambulanz wird im Haushaltsjahr 2014 um insgesamt 8.765 EUR (PG 0604 anteilig 20%/ PG 0605 anteilig 80 %) erhöht.

Hier: 1.753 EUR in PG 0604 (=20%)

Der Antrag wurde einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

(vgl. dazu: PG 0605, Zeile 15 – Transferaufwendungen, Ziffer 5.1.2)

- 4.1.6 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Für den „Kinder- und jugendbezogene Armutsprävention, Mittelerhöhung“ werden im Jahr 2014 50.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

Der Antrag wurde einstimmig bei 6 Enthaltungen angenommen.

5. Produktgruppe 0605 – Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien

5.1 Zeile 15 - Transferaufwendungen

- 5.1.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Die Anregung gemäß § 24 GO NW des Caritasverbands für die Stadt Münster e.V., lfd. Nr. 100/2013, wird teilweise aufgegriffen. Dazu wird der Gesamtzuschuss für die Erziehungsberatungsstelle um 40.000 EUR erhöht (PG 0604 anteilig 40%/ PG 0605 anteilig 60%).

Hier: 24.000 EUR in PG 0605 (=60%)

Zu diesem Antrag erklärte Herr Messing sich für befangen.

Der Antrag wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

(vgl. dazu: PG 0604, Zeile 15 – Transferaufwendungen, Ziffer 4.1.2)

- 5.1.2 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

Der Trägerantrag des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Münster e.V. wird teilweise aufgegriffen; der Zuschuss für die Kinderschutzambulanz wird im Haushaltsjahr 2014 um insgesamt 8.765 EUR (PG 0604 anteilig 20%/ PG 0605 anteilig 80 %) erhöht.

Hier: 7.012 EUR in PG 0605 (=80%)

Der Antrag wurde einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

(vgl. dazu: PG 0604, Zeile 15 – Transferaufwendungen, Ziffer 4.1.5)

6. Weitere Anträge zum Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“

- 6.1 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

„Der AKJF beschließt:

Im Rahmen eines Modellvorhabens für das Jahr 2014 werden Kita-Neubauten von privaten Trägern errichtet; Ausnahmen hiervon bedürfen einer besonderen Begründung (Beweislastumkehr).“

Der Antrag wurde mit 9 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

- 6.2 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde (in Abänderung des schriftlich vorliegenden Antrags) beantragt:

„Der AKJF beschließt:

Die Großtagespflege wird weiter ausgebaut. Wir begrüßen, dass die Wohn- und Stadtbau dieses Anliegen bei Neubauten berücksichtigen wird. Der Rat stellt dafür im HH-Jahr 2014 Mittel in Höhe von 100.000 EUR zur Verfügung.“

Der Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen angenommen.

- 6.3 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

„Der AKJF beschließt:

Der Anteil der Träger im Bereich OGS soll bis 2017 von jetzt 13,6 auf 25% erhöht werden.“

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

- 6.4 Für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL und die FDP-Fraktion wurde beantragt:

„Der AKJF beschließt:

Für die Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt Münster wird ein Projekttopf eingerichtet, der im HH-Jahr 2014 mit 50.000 EUR, in 2015 mit 100.000 EUR versehen wird. Daraus können auch Vergütungen für AnerkennungspraktikantInnen in der OGS vorgenommen bzw. neue Ausbildungsgänge erprobt werden.“

Der Antrag wurde einstimmig bei 8 Enthaltungen angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Schulze Wintzler schlug vor, den Film „Mädchen im Mittelpunkt“, der im Rahmen eines Mädchenfilmprojektes (Beteiligung: Stadt Münster) entstanden ist, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien vorzuführen.

Frau Hakenes verwies auf die Veranstaltung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des „Zirkus Leporello“ (Projekt der Beratungsstelle Südviertel e.V.) am 23.11.2013. Ein Flyer lag dazu allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Messing bedankte sich für die gute Zusammenarbeit von Verwaltung, freien Trägern und Politik innerhalb des vergangenen Jahres. Die gemeinsamen Ziele hätten zu guten Ergebnissen im Sinne der Kinder- und Jugendarbeit geführt.

Frau Hakenes wünschte abschließend allen eine gute Weihnachtszeit und einen guten Start in das Neue Jahr.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

gez.
Maria Anna Hakenes
Vorsitz

gez.
Heike Dierks
Schriftführung